

UNSERE WOCHEN IM LANDTAG

Liebe Leserinnen und Leser,

Streiks sind ein legitimes Mittel der Gewerkschaften, um ihre Ziele durchzusetzen. Doch was wir aktuell im deutschen Zugverkehr erleben, ist eine unvorstellbare Zumutung für sämtliche Fahrgäste. Wegen unterbrochener Lieferketten drohen darüber hinaus erhebliche wirtschaftliche Folgeschäden. Anstatt die Eskalationsspirale mit rekordverdächtig langen Arbeitsniederlegungen immer weiter zu drehen, müssen Gewerkschaft und Bahn schnellstens an den Verhandlungstisch zurückkehren. Auch eine Schlichtung durch Dritte darf jetzt kein Tabu mehr sein!

Perspektivisch ist der Bund gefordert, die rechtlichen Weichen für mehr Zuverlässigkeit im Bahnbetrieb zu stellen. Welche Regeln es nach unserer Überzeugung braucht, damit die berechtigten Interessen Einzelner nicht zur Belastungsprobe für Viele werden, haben wir diese Woche in unserem Dringlichkeitsantrag zum Plenum dargelegt – mehr dazu auf Seite 2!

Außerdem konnten wir diese Woche im Bauausschuss den Regelbetrieb für die Bahntrasse Gotteszell-Viechtach beschließen. Warum uns diese Entscheidung besonders freut, erfahren Sie auf Seite 3.

Darüber hinaus haben wir die Ampel-Regierung diese Woche abermals aufgefordert, endlich die Abwicklung der Corona-Hilfen zu beschleunigen. Es kann nicht sein, dass Bürgerinnen und Bürgern nach überstandener Corona-Pandemie nun abermals finanzielle Nachteile durch die schwierigen Auszahlungsmodalitäten entstehen – mehr dazu auf Seite 4!

Ich wünsche Ihnen wieder viel Freude beim Lesen!

Ihr Florian Streibl MdL



UNSERE HIGHLIGHTS

SEITE 2:

UNSER DRINGLICHKEITSANTRAG: KLARE REGELN FÜR STREIKS!

SEITE 4:

CORONA-WIRTSCHAFTSHILFEN: UNTERNEHMEN MEHR ZEIT GEBEN!

SEITE 5:

UNSERE SOCIAL MEDIA-BEITRÄGE

RÜCKBLICK

Unser Dringlichkeitsantrag: Klare Regeln für Streiks!

Das Streikrecht in Deutschland ist ein hohes Gut und unsere Gewerkschaften sind wichtige Institutionen, um hunderttausenden Arbeitnehmern angemessene und faire Arbeitsbedingungen zu sichern. Als FREIE WÄHLER-Fraktion erkennen wir das Streikrecht als legitimes Mittel gewerkschaftlicher Druckausübung ausdrücklich an und wollen deshalb an der Koalitionsfreiheit im Grundgesetz festhalten. **Dennoch müssen wir in der aktuellen Situation gegensteuern, damit eine unverhältnismäßige Belastung von Bevölkerung und Wirtschaft abgewendet wird.**

Die Streiks bei der Bahn sind für uns nur ein Beispiel, wie durch Arbeitsniederlegungen zentrale Teile der Infrastruktur unseres Landes außer Funktion gesetzt werden können. Betroffen sind zum einen die Fahrgäste, die auf diese Verkehrsmittel angewiesen sind. Zum anderen aber auch die Wirtschaft, die auf reibungslose Lieferketten angewiesen ist. Die Schäden, die der deutschen Wirtschaft dadurch zugefügt werden, sind enorm – auch das Image Deutschlands als zuverlässiger Wirtschaftspartner mit solider Infrastruktur im Herzen Europas wird so zunehmend beschädigt.

Deshalb haben wir diese Woche mittels Dringlichkeitsantrag Änderungen am Streikrecht gefordert, um die aktuell schwierige wirtschaftliche Lage nicht weiter zu verschlimmern. Konkret wollen wir, dass in Bereichen der Daseinsvorsorge ein Schlichtungsverfahren vor jedem Streik obligatorisch ist. Eine Mindestversorgung muss in Bereichen der zentralen Infrastruktur jederzeit sichergestellt werden. Dazu fordern wir eine verpflichtende Ankündigungsfrist von vier Tagen, sollte eine Schlichtung zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer erfolglos bleiben. Ziel muss ein fairer Ausgleich zwischen den Interessen von Streikenden und Betroffenen sein.

Uns als FREIE WÄHLER-Fraktion geht es darum, arbeitsrechtlich sowie gesamtgesellschaftlich vertretbare Leitplanken zu formulieren, damit die Gesellschaft und die Wirtschaft nicht unverhältnismäßig in Mitleidenschaft gezogen werden. Keinesfalls wollen wir den Streikenden in Deutschland das Recht nehmen, Druck auf ihren Arbeitgeber auszuüben. Doch es muss vermieden werden, dass durch die berechtigten Interessen Einzelner der gesamten Gesellschaft sowie Wirtschaft erhebliche Nachteile entstehen.

Mehr [HIER](#).

Corona-Wirtschaftshilfen: Unternehmen mehr Zeit geben – Prüffintensität massiv reduzieren



Bislang galt: Am 31. März endet die vom Bund gesetzte Abgabefrist für die Schlussabrechnungen der Corona-Wirtschaftshilfen. Wegen der vom Bundeswirtschaftsministerium festgesetzten ausufernden Prüffanforderungen haben Steuerberater, Wirtschaftsprüfer und weitere prüffende Dritte allerdings große Schwierigkeiten, diese Frist einzuhalten. Bei Überschreitung droht den Unternehmen eine automatische Rückforderung der ausbezahlten Hilfgelder – nebst zusätzlicher Zinsen.

Die Folge: In der Corona-Krise gerettete Betriebe könnten dadurch erneut in Zahlungsschwierigkeiten geraten. **Mittels Dringlichkeitsantrag haben wir deshalb vom Bund gefordert, eine schnelle und unbürokratische Überprüfung der Schlussabrechnungen zu ermöglichen.** Denn die umfassende Prüffung der

Schlussabrechnungen verursacht einen enormen Aufwand – auch bei den Bewilligungsstellen. Das belastet den Staatshaushalt in erheblichem Maße. Zudem muss die Abgabefrist für die Schlussabrechnungen deutlich verlängert werden.

Am Donnerstagabend hat uns dann die erfreuliche Nachricht ereilt: **die Frist zur Einreichung der Schlussabrechnungen der Corona-Hilfen wird seitens des Bunds letztmalig bis zum 30. September 2024 verlängert!** Ein großer Erfolg, für den wir uns gemeinsam mit Wirtschaftsminister Hubert Aiwanger seit Wochen eingesetzt haben!

Weitere Infos [HIER](#).

KURZNEWS

Fraktion setzt Reaktivierung der Bahnstrecke Gotteszell-Viechtach durch

Großer Erfolg für unsere Fraktion: Ende 2025 soll die langjährige Hängepartie des Probetriebes der Bahnstrecke Gotteszell-Viechtach enden und vom Regelbetrieb abgelöst werden – ein wichtiges Signal für den Landkreis Regen und die gesamte Region und **ein wichtiger Meilenstein für die Reaktivierung von Bahnstrecken in ganz Bayern**. Die Bahnstrecke Gotteszell-Viechtach gehört nicht nur landschaftlich zu den schönsten Bahntrassen Deutschlands mit enormer touristischer Anziehungskraft, sondern spielt auch eine zentrale Rolle für den Verkehr der gesamten Region. Die Reaktivierung stillgelegter Bahnstrecken würde sich vielerorts lohnen – das belegen zahlreiche Machbarkeitsstudien. Deshalb werben wir seit langem für eine dauerhafte Reaktivierung stillgelegter Bahnstrecken. Insbesondere die gegenüber dem Individualverkehr bessere CO2-Bilanz der Bahn spricht für eine Reaktivierung stillgelegter Strecken. Mehr [HIER](#).

Kliniken in Not: Auskömmliche Finanzierung der Krankenhäuser auf dem Land sicherstellen!

Eine Vielzahl der bayerischen Kliniken leidet unter massiver Finanznot. Grund dafür sind zumeist Kostensteigerungen, die von der Krankenhausfinanzierung des Bundes nicht ausgeglichen werden. Das Ergebnis zeigt sich in einem kalten Strukturwandel mit immer mehr Insolvenzen unter den Kliniken in Bayern. Sie sind in erheblichem Umfang auf die Kommunen angewiesen, die die teils massiven Defizite der Häuser ausgleichen. **Es kann aber nicht sein, dass wieder einmal die ländliche Bevölkerung die Zeche für die Sparpolitik der Bundesregierung zahlen darf.** Die Ampel muss endlich eine auskömmliche Betriebskostenfinanzierung der Krankenhäuser auch im ländlichen Raum sicherstellen. **Denn die bestmögliche medizinische Versorgung darf nicht nur**



Florian Streibl MdL, Fraktionsvorsitzender

Menschen in Ballungsräumen zur Verfügung stehen. Das gilt besonders für Notfälle! Bei der Krankenhausplanung muss die Wohnortnähe zur nächsten Klinik deshalb eine entscheidende Rolle spielen. Mehr [HIER](#).

UNSERE SOCIAL MEDIA-BEITRÄGE – DANKE FÜR'S TEILEN!

#FraktionImGespräch mit... dem Bund der Kriminalbeamten

Diese Woche haben sich unsere Abgeordneten Roland Weigert, Wolfgang Hauber und Bernd Heinisch zum Austausch mit dem Bund der Kriminalbeamten getroffen. Dabei standen einige ernste Themen auf der Agenda – darunter: eine monetäre Zulage für Beamtinnen und Beamte, die im Deliktsbereich des sexuellen Missbrauchs von Kindern und Jugendlichen tätig sind.



Darüber hinaus forderten die Vertreter die Schaffung neuer Tarifstellen für Kriminalassistenten zur Unterstützung der Kripo. Ein weiterer Schwerpunkt war die Rolle sowie die Vorbereitung der Polizei im Verteidigungsfall. Zur kompletten Bildergalerie geht's [HIER](#).

Florian Streibl MdL, Fraktionsvorsitzender



Unser neues Videoformat #StreiblsStandpunkt: Klare Regeln für Streiks!

Wir als FREIE WÄHLER-Fraktion erkennen das Streikrecht als legitimes Mittel gewerkschaftlicher Druckausübung ausdrücklich an. Dennoch müssen wir in der aktuellen Situation gegensteuern, damit eine unverhältnismäßige Belastung von Bevölkerung und Wirtschaft abgewendet wird. **HIER** geht's zum neuen Videoformat #StreiblsStandpunkt.

Folgen Sie uns:

✕ <https://twitter.com/fwlandtag>

f <https://www.facebook.com/fwlandtag>

📷 <https://www.instagram.com/fwlandtag/>

▶ YouTube <https://www.youtube.com/@fwlandtag>

🗨️ <https://www.threads.net/fwlandtag>

Wir wünschen Ihnen ein schönes Wochenende. Bitte bleiben Sie gesund!

Impressum

Florian Streibl, MdL
Othmar-Weis-Straße 5
82487 Oberammergau
Tel: 08822/935282
Fax: 08822/935287

E-Mail: info@florian-streibl.de

Homepage: www.florian-streibl.de